

Schwere AK-Vorwürfe gegen Hygiene Austria

2021-03-27 13:43

Durch das systematische Unterlaufen von Kollektivverträgen über die Beauftragung von Leiharbeitsfirmen hat der Schutzmaskenhersteller Hygiene Austria nach heutigen Angaben der Arbeiterkammer (AK) einen Schaden von mehreren hunderttausend Euro verursacht.

Die AK Wien forderte in diesem Zusammenhang die Schließung gesetzlicher Lücken, die solche Praktiken möglich machen. Konkret sprach sich AK-Wien-Direktor Christoph Klein für die Einführung einer Generalunternehmer-Haftung auch für Löhne aus, wie es sie schon bei der Sozialversicherung gibt.

Über 70 Betroffene bereits bekannt

Die Arbeit beim FFP2-Schutzmaskenhersteller Hygiene Austria – einer Tochter von Lenzing und Palmers – „ist in einer Weise organisiert worden, die uns an Praktiken erinnert hat, die wir sonst nur aus gewissen Bereichen der Bauwirtschaft kennen“, sagte Klein.

Es würden Leiharbeitsfirmen beauftragt, die selbst wieder Subunternehmen beauftragen, bis zum Schluss „zweifelhafte Firmen zum Zug kommen, die dann die gewünschte billige Arbeitskraft zur Verfügung stellen“.

Entlohnt werde den Vorwürfen zufolge dann oft unter dem Kollektivvertrag, teilweise würden die Arbeitnehmer ohne Anmeldung zur Sozialversicherung beschäftigt, oder es würden keine Steuern und Abgaben bezahlt.

Bis gestern Nachmittag hätten sich bei der Arbeiterkammer 71 Personen gemeldet, die unterbezahlt worden seien, und „täglich kommen weitere Arbeitnehmer dazu“, berichtete Andrea Ebner-Pfeifer, Arbeitsrechtsexpertin der AK Wien. Wie viele insgesamt betroffen seien, könne man noch nicht abschätzen.